

Ökonomen kritisieren Wahlversprechen der Linken

Wirtschaftsweiser Franz: Forderungen passen wie "Faust aufs Auge"

FRANKFURT, 21. Juni. Scharfe Kritik haben Wirtschaftswissenschaftler an den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der Linkspartei geäußert. Die Linke hat auf ihrem Parteitag in Berlin am Sonntag ihre antikapitalistische Stoßrichtung bekräftigt und einen weitreichenden Wunschcatalog zur Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft aufgestellt. Kernpunkte sind ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro, eine Erhöhung des Hartz-IVRegelsatzes auf 500 Euro sowie staatliche Investitionen von 100 Milliarden Euro im Jahr und ein "Zukunftsfonds" von nochmals 100 Milliarden Euro. (...)

Auch die Forderung nach einer rentenpolitischen "Rolle rückwärts" ist unter Ökonomen auf scharfe Kritik gestoßen. Die Linkspartei will zurück zur alten Rentenformel und möchte die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre aufhalten. Der Ökonom und Rentenexperte Axel Börsch-Supan von der Universität Mannheim kritisierte: "Das ist eine verantwortungslose Vogel-Strauß-Politik, die den Kopf vor dem demographischen Wandel in den Sand steckt." Ohne die Reformen bei der Rente würde der Beitragssatz zur Rentenversicherung schon im kommenden Jahr um 1,8 Prozentpunkte und bis 2030 um mehr als 4 Prozentpunkte steigen müssen, warnt Börsch-Supan. Die Anhebung des Renteneintrittsalters geschehe ohnehin nur sehr langsam bis zum Jahr 2029. Der Vorschlag der Linken verkenne, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland bis 2030 wegen der geringen Geburtenzahl und der Alterung um etwa 5 Millionen abnehmen und dass zugleich die Zahl der Rentner um etwa 5 Millionen zunehmen werde. Da die durchschnittliche Lebenserwartung bis 2030 um etwa drei Jahre steigen werde, sei ein höheres Renteneintrittsalter gerechtfertigt. (...)

Der vollständige Artikel erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 22. Juni 2009.